19. Wahlperiode

Drucksache **19/**

HESSISCHER LANDTAG

Plenum

Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP

betreffend Bürgerwille endlich achten - Windkraftausbau stoppen.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass der Widerstand der hessischen Bürgerinnen und Bürger gegen die Energiepolitik der Landesregierung und den massiven Ausbau der Windkraft weiter zunimmt. In tausenden Stellungnahmen wehren sich Bürger, Bürgerinitiativen, Verbände, Ortsbeiräte, Stadt- und Gemeindevertretungen gegen den weiteren Ausbau der Windkraft. Insbesondere das im Koalitionsvertrag von CDU und Grünen festgelegte Ziel, mindestens zwei Prozent der Fläche Hessens für die Windkraftnutzung zur Verfügung zu stellen, stößt dabei auf Kritik.

2. Der Landtag begrüßt, dass in ganz Hessen Bürger und Bürgerinitiativen von ihren demokratischen Rechten Gebrauch machen, Informationsveranstaltungen und Kundgebungen organisieren und Bürgerentscheide initiieren. Sie sind ein wichtiger Bestandteil des zivilgesellschaftlichen Engagements und tragen zur politischen Willensbildung bei.

3. Der Landtag nimmt zur Kenntnis, dass der hessische Ministerpräsident Volker Bouffier den Bürgern versprach: „Wir werden die Windräder nicht mit Hilfe der hessischen Bereitschaftspolizei aufstellen."

4. Der Landtag stellt fest, dass diese Zusage des Ministerpräsidenten gebrochen wurde. Am 13. Februar 2017 und am 5. September 2017 waren Beamte der hessischen Bereitschaftspolizei im Einsatz, um den Bau von Windkraftanlagen im Bereich Siedelsbrunn-Stillfüssel (Wald-Michelbach) vor Ort durchzusetzen.

5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine weitere Eskalation der Lage zu verhindern. Es ist bei Kundgebungen gegen den Windkraftausbau in keinem einzigen Fall vorgekommen, dass Polizeibeamte oder Dritte angegriffen wurden oder zu Schaden kamen.

6. Der Landtag stellt fest, dass die Akzeptanzkampagne der Landesregierung für den Windkraftausbau offenkundig gescheitert ist. Statt weiter starr an der im Koalitionsvertrag fixierten Zwei-Prozent-Vorgabe festzuhalten, muss endlich ein Dialog auf Augenhöhen mit den Bürgern und Bürgerinitiativen stattfinden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 26. September 2017

Für die Fraktion
der FDP
Der Vorsitzende:

Rock